

07.06.2019

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

zu dem Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 17/4794 -

Die Metropole Ruhr mit einem städtebaulichen Sonderprogramm aktiv und finanziell bei der Ausrichtung der Internationalen Gartenbauausstellung 2027 unterstützen

Berichterstatter:

Abgeordneter Körfges

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/4794 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 07.06.2019 /Ausgegeben: 11.06.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Die Metropole Ruhr mit einem städtebaulichen Sonderprogramm aktiv und finanziell bei der Ausrichtung der Internationalen Gartenbauausstellung 2027 unterstützen“ (Drucksache 17/4794) wurde am 24. Januar 2019 vom Plenum an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zur Beratung überwiesen. Die Mitberatung obliegt dem Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung.

B Inhalt des Antrags

Die antragstellenden Fraktion führt zur Historie der Internationalen Gartenausstellung 2027 in der Metropole Ruhr aus, dass sich die elf kreisfreien Städte und die vier Landkreise mit weiteren 42 kreisangehörigen Kommunen der Metropole Ruhr in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr im Frühjahr 2016 verständigt haben, sich gemeinsam mit der Emschergenossenschaft/Lippeverband um die Ausrichtung der Internationalen Gartenbauausstellung (IGA) 2027 zu bewerben. Der Verwaltungsrat der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH hat danach Ende 2016 die Vergabe der IGA 2027 an die Metropole Ruhr beschlossen. Der dazu notwendige Durchführungsvertrag wurde Ende 2018 geschlossen werden.

Des Weiteren beschreibt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag die Planungen der Beteiligten für die IGA 2027. Ferner gibt sie einen Überblick über die angedachten Ausstellungs- und Präsentationsebenen und führt aus, dass die IGA 2027 touristisch dort andocken soll, wo die Europäische Kulturhauptstadt RUHR.2010 und die Klimametropole RUHR 2022 Schlaglichter gesetzt haben bzw. setzen werden.

Zur weiteren Finanzierung der IGA 2027 bedarf es - so die antragstellende Fraktion - über die bisher in der Kalkulation schon vorgesehenen Mittel hinaus weiterer Zuschüsse aus einem stadt- und strukturentwicklungspolitischen Sonderprogramms „IGA 2027“, an dem sich das Land NRW maßgeblich finanziell beteiligen soll.

Daher soll der Landtag auf Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Folgendes feststellen:

- „ 1. *Der Landtag begrüßt und unterstützt die Ausrichtung der Internationalen Gartenbauausstellung 2027 in der Metropole Ruhr.*
2. *Mit ihrem dezentralen, partizipativen und digitalen Konzept setzt die IGA 2027 neue Maßstäbe bei der Ausrichtung internationaler Branchen- und Leistungsschauen.*
3. *Die Internationale Gartenbauausstellung 2027 in der Metropole Ruhr ist nach der „Europäischen Kulturhauptstadt RUHR.2010“ und der „Klimametropole.RUHR 2022“ ein weiteres gemeinsames Dekadenprojekt der Metropole Ruhr und des Landes NRW.*

4. *Die IGA 2027 wird zur regionalen und überregionalen Wertschöpfung beitragen, Arbeitsplätze in der Region schaffen und binden und einen langfristigen Beitrag zu einer im ökologischen, wie partizipativen Sinne nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung leisten.*
5. *Das Dekadenprojekt „IGA 2027“ kann nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung der beteiligten Kommunen und Verbände sowie des Landes Nordrhein-Westfalen geschultert werden.“*

Zudem soll der Landtag – so die antragstellende Fraktion folgende Beschlüsse fassen:

- „
1. *Das Land Nordrhein-Westfalen wird sich als Partner aktiv und auf Augenhöhe an der Planung und Durchführung der Internationalen Gartenschau 2027 in der Metropole Ruhr beteiligen.*
 2. *Dazu wird das Land im Rahmen der Städtebau- und Strukturförderung ein Sonderprogramm „IGA 2027“ für Investitionen mit einem Landesanteil in Höhe von 20 Millionen Euro bis 2027 auflegen*
 3. *Das Land wird darüber hinaus die notwendige Kofinanzierung durch Landesmittel sicherstellen, sollten entsprechende Förderprogramme der Europäischen Union oder des Bundes, wie z.B. RWP-Mittel, für die Durchführung und die Projekte der IGA 2027 in Anspruch genommen werden und diese eine landesseitige Kofinanzierung voraussetzen.*
 4. *Es wird ein gesetzlicher Rahmen geschaffen, der es allen teilnehmenden Kommunen ermöglicht, notwendige finanzielle Mittel notfalls über zusätzliche Investitionskredite zur Verfügung zu stellen.*
 5. *Das Land NRW wird sich als Gesellschafter an der zu gründenden Durchführungsgesellschaft beteiligen und den notwendigen finanziellen Gesellschafteranteil tragen.*
 6. *Die Landesregierung wird beauftragt, alle dafür notwendigen Schritte umgehend in die Wege zu leiten und dem Landtag regelmäßig und unaufgefordert über die Fortschritte des Verfahrens zu berichten.*
 7. *Die Landesregierung wird außerdem beauftragt, gemeinsam mit dem RVR und der Emschergerossenschaft/Lippeverband eine Geberkonferenz zu initiieren, um die Metropole Ruhr bei der Akquise privatwirtschaftlicher Investitionen und Sponsorenmittel zu unterstützen.“*

C Beratungsverfahren

Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat sich mit dem Antrag seiner Sitzung am 15. Februar 2019 beschäftigt und sich bei dieser Gelegenheit auf eine schriftliche Anhörung von Sachverständigen – benannt wurden hierzu der Regionalverband Ruhr sowie dessen Mitglieder - verständigt.

Folgende Stellungnahmen lagen zur Sitzung am 5. April 2019 vor:

eingeladen	Stellungnahme
Regionaldirektorin Karola Geiß-Netthöfel Regionalverband Ruhr, Essen	17/1365
Oberbürgermeister Bernd Tischler Stadt Bottrop, Bottrop	17/1322 vgl. 17/1365
Oberbürgermeister Sören Link Stadt Duisburg, Duisburg	vgl. 17/1365
Oberbürgermeister Thomas Kufen Stadt Essen, Essen	17/1380
Dipl.-Ing. Simone Raskob Stadt Essen, Essen	
Oberbürgermeister Frank Baranowski Stadt Gelsenkirchen, Gelsenkirchen	17/1361 vgl. 17/1365
Oberbürgermeister Erik O. Schulz Stadt Hagen, Hagen	17/1358
Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann Stadt Hamm, Hamm	17/1382
Oberbürgermeister Dr. Frank Dudda Stadt Herne, Herne	17/1356

eingeladen	Stellungnahme
Oberbürgermeister Ulrich Scholten Stadt Mülheim an der Ruhr, Mülheim an der Ruhr	17/1340
Oberbürgermeister Daniel Schranz Stadt Oberhausen, Oberhausen	vgl. 17/1365
Landrat Olaf Schade Ennepe-Ruhr-Kreis, Schwelm	17/1331 vgl. 17/1365
Landrat Cay Süberkrüb Kreis Recklinghausen, Recklinghausen	17/1349 vgl. 17/1365
Landrat Michael Makiolla Kreis Unna, Unna	17/1353
Bürgermeister Roland Schäfer Stadt Bergkamen, Bergkamen	vgl. 17/1353
Bürgermeister Stephan Rotering Gemeinde Bönen, Bönen	vgl. 17/1353
Bürgermeister André Dohra Stadt Datteln, Datteln	17/1352 vgl. 17/1365 vgl. 17/1349
Bürgermeister Dr. Michael Heidinger Stadt Dinslaken, Dinslaken	17/1371
Bürgermeister Tobias Stockhoff Stadt Dorsten, Dorsten	17/1359

eingeladen	Stellungnahme
Bürgermeisterin Imke Heymann Stadt Ennepetal, Ennepetal	17/1368
Bürgermeister Friedrich-Wilhelm Rebbe Stadt Fröndenberg, Fröndenberg	vgl. 17/1353
Bürgermeister Claus Jacobi Stadt Gevelsberg, Gevelsberg	17/1369
Bürgermeister Ulrich Roland Stadt Gladbeck, Gladbeck	vgl. 17/1349 vgl. 17/1365
Bürgermeister Bodo Klimpel Stadt Haltern am See, Haltern am See	vgl. 17/1349 vgl. 17/1365
Bürgermeister Dirk Glaser Stadt Hattingen, Hattingen	vgl. 17/1362
Bürgermeisterin Dr. Katja Strauss-Köster Stadt Herdecke, Herdecke	vgl. 17/1362
Bürgermeister Fred Toplak Stadt Herten, Herten	vgl. 17/1349 vgl. 17/1365
Bürgermeisterin Ulrike Drossel Gemeinde Holzwickede, Holzwickede	vgl. 17/1353
Bürgermeister Professor Dr. Christoph Landscheidt Stadt Kamp-Lintfort, Kamp-Lintfort	17/1366

eingeladen	Stellungnahme
Bürgermeister Jürgen Kleine-Frauns Stadt Lünen, Lünen	vgl. 17/1353
Bürgermeister Werner Arndt Stadt Marl, Marl	vgl. 17/1349 vgl. 17/1365
Bürgermeister Christoph Fleischhauer Stadt Moers, Moers	17/1360
Bürgermeister Carsten Wewers Stadt Oer-Erkenschwick, Oer-Erkenschwick	vgl. 17/1349 vgl. 17/1365
Bürgermeister Christoph Tesche Stadt Recklinghausen, Recklinghausen	vgl. 17/1349 vgl. 17/1365
Bürgermeister Frank Tatzel Stadt Rheinberg, Rheinberg	17/1350
Bürgermeister Mike Rexforth Stadt Schermbeck, Schermbeck	17/1344
Bürgermeisterin Gabriele Grollmann Gemeinde Schwelm, Schwelm	vgl. 17/1353
Bürgermeister Dimitrios Axourgos Stadt Schwerte, Schwerte	vgl. 17/1353
Bürgermeister Mario Löhr Stadt Selm, Selm	vgl. 17/1353
Bürgermeister Werner Kolter Stadt Unna, Unna	vgl. 17/1353

eingeladen	Stellungnahme
Bürgermeister Dirk Haarmann Stadt Voerde, Voerde	17/1364
Bürgermeisterin Nicole Moenikes Stadt Waltrop, Waltrop	vgl. 17/1349 vgl. 17/1365
Bürgermeister Lothar Christ Stadt Werne, Werne	vgl. 17/1353
Bürgermeister Frank Hasenberg Stadt Wetter (Ruhr), Wetter (Ruhr)	vgl. 17/1362
Bürgermeisterin Sonja Leidemann Stadt Witten, Witten	17/1362
Bürgermeister Thomas Görtz Stadt Xanten, Xanten	17/1336

D Abstimmung

- Mitberatung
Am 8. Mai 2019 hat der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung den Antrag letztmalig beraten und beschlossen, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss zurückgegeben.

Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz hat zum Antrag kein Votum abgegeben.
- Federführung
Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 7. Juni 2019 gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Hans-Willi Körfges
- Vorsitzender -